

Neueste Nachrichten aus dem Landkreis, München und Bayern

Nach 25 Jahren: Die Bussigesellschaft in München hat sich seit dem Start der TV-Serie Kir Royal kräftig verändert.  
**Leute, Seite 16**

Fünf Wochen danach: Der Regener Landrat beging Selbstmord, nun werden seltsame Geldgeschäfte bekannt.  
**Bayern, Seite 17**



Nach 125 Jahren: Ludwig II. bekommt ein neues Filmgesicht – der 26-jährige Sabin Tambrea spielt den König.  
**Kultur, Seite 15**

Donnerstag, 22. September 2011

Kommentar

Uneins in die Zukunft

Von Wolfgang Eitler

Pfaffenhofen beteiligt sich nicht am gemeinsamen Flächennutzungsplan für Windkraftanlagen im Landkreis, weil es sich mit Nachbargemeinden in Fürstfeldbruck zusammenschließt. Odelzhausen ist ausgestiegen. Einmal wegen der aktuellen Zwangslage über einen Antrag unter Zeitdruck entscheiden zu müssen. Zum anderen wegen grundlegender Überlegungen, dass ein gemeinsamer kommunaler Plan womöglich dazu führen könnte, dass im Landkreis zu wenige Windkraftanlagen entstehen könnten. Eine ähnliche Beschlusslage liegt im Dachauer Stadtrat vor. Nun also Hebertshausen mit seiner strikten Ablehnung.

Damit dürfte das landkreisweite Windkraftprojekt gestorben sein, auch wenn sich Gemeindevertreter noch am Montag in Ried treffen wollen. Die Idee ist bereits Makulatur, bevor die ersten Fakten zusammengetragen sind, bevor überhaupt eine Leitlinie als Diskussionsgrundlage entwickelt werden konnte. In Dachau scheitert ein Projekt, das in anderen Landkreisen wie Fürstfeldbruck und Starnberg vorangetrieben wird.

Nun lässt sich einwenden, dass Hebertshausen nicht weniger Windkraft will, sondern mehr. Fragt sich nur, warum über Kriterien der Ansiedlung nicht mit den Kommunen debattiert oder gestritten wird, die wie Altomünster oder Schwabhausen am gemeinsamen Standortplan für den ganzen Landkreis festhalten wollen. Der Hebertshausener Gemeinderat Florian Zigl drum (CSU) hat den wahren Vorbehalt formuliert, indem er sagte, dass seine Gemeinde sich nicht die Selbstverwaltung wegnehmen lassen dürfe.

Das will niemand im Landkreis. Aber das Ende der gemeinsamen Windkraftpläne bedeutet das Scheitern der interkommunalen Zusammenarbeit im Landkreis. Für Bürgermeister wie Konrad Wagner sollte das Windkraftkonzept der (erfolgreiche) Testfall für die Zukunft werden. Wie anders wollen die Gemeinden massive Probleme lösen? Die Folgen des Siedlungsdrucks aus München, den Ausbau von Gewerbegebieten an sinnvollen Standorten oder die Notwendigkeit eines kontrollierbaren und damit stetig veränderbaren Energiekonzepts?

Jede Wiesen-Maß schlecht eingeschenkt

München – Mit dem Einschenken nehmen es die Wiesnwirte offensichtlich nicht sehr genau. Bei einer Kontrolle von 100 Maß Bier in zwölf Zelten am Dienstagabend habe keine Maß einen Liter Bier enthalten, teilt der Verein gegen betrügerisches Einschenken (VGBE) mit. „Das Ergebnis ist ernüchternd“, urteilte dessen Präsident Jan-Ulrich Bitlinger. Die 30 Kontrolleure hätten in jedem Zelt sieben Maß Bier bestellt und bezahlt, aber im Schnitt nur sechs Liter bekommen. SZ

Das lokale Wetter

11° | 21°

Morgens örtlich Nebel, später teils sonnig, teils auch wolkgig. Der Wind weht schwach.

München ..... Seiten 7 – 10  
Kultur ..... Seiten 14, 15  
Sport ..... Seite 21  
Service ..... Seite 6  
Theater, Kino ..... Seite 12

Redaktion: 08131/5685-0  
Mail: lkr-dachau@sueddeutsche.de  
Internet: sueddeutsche.de/dachau  
Anzeigen: 08131/5685-42  
Abo-Service: 089/2183-8080



Bildhübsche Damen

Die Bühne des Ludwig-Thoma Haus in Dachau ist trotz kleiner Besetzung gut gefüllt. Das Lyrische Opernensemble zeigt dort am Dienstag, 27. September, Giuseppe Verdis Oper „La Traviata“, zu Deutsch „Die vom Weg Abgekommene“. Sie erzählt die unglückliche Liebesgeschichte zwischen der todkranken Violetta und dem jungen Alfredo. Gesa Jörg singt als Violetta (Mitte), die Rol-

le des Alfredos übernimmt der mexikanische Tenor Oscar de la Torre. Regie führt die Potsdamer Regisseurin Kristina Wuss, am Dirigentenpult steht Anton Zapf. Die Oper beginnt mit einem opulenten Fest (Bild oben), in dem der junge Alfredo und die schöne Violetta sich zum ersten Mal begegnen. Eine weitere Vorstellung ist am Freitag, 30. September. mjt/Foto: Toni Heigl

Kommunale Allianz zerfällt

Aus dem geplanten landkreisweiten Flächennutzungsplan für Windkraft hat sich nun auch Hebertshausen verabschiedet

Von Petra Schafflik

Hebertshausen – Die Allianz der Kreisgemeinden für eine Energiewende zerfällt weiter. Nach Odelzhausen und Dachau steigt jetzt auch Hebertshausen aus dem Vorhaben eines gemeinsamen Flächennutzungsplans für Windkraftstandorte im Landkreis aus. Sehr zur Freude des Bundes Naturschutz. Kreisvorsitzender Roderich Zauscher sagt: „Ich begrüße diese Entscheidung“. Er befürchtet, dass dieser Flächennutzungsplan zu einem Instrument wird, das Windkraft eher verhindert als befördert. Der Gemeinderat in Hebertshausen votierte einstimmig gegen diesen Flächennutzungsplan.

Hebertshausen will Windkraftanlagen im Gemeindebereich gezielt fördern, sofern sich Kommune und Bürger an Vorhaben beteiligen können. Dieses Konzept gerät aber nach Ansicht der Gemeinderäte mit einer überörtlichen Kreisplanung in Gefahr. Tatsächlich ist Hebertshausen offenbar schon weit vorangeschritten bei

Überlegungen, wo konkret im Bereich der Flächengemeinde Windkraftanlagen installiert werden könnten.

Im Juli hat der Gemeinderat dazu in nicht-öffentlicher Sitzung einen Grundratsbeschluss gefasst, wie erst jetzt bekannt wurde. Tenor der bislang nicht ver-

„Wir werden unsere Planungshoheit nicht mit anderen Gemeinden teilen.“

öffentlichten Entscheidung ist laut Bürgermeister Michael Kreitmair (FW), dass die Gemeinde den Ausbau regenerativer Energien mit Windkraftanlagen vorantreiben will. „Aber nur mit Beteiligung der Gemeinde und der Bürger.“ Nicht Investoren sollen von Windmühlen profitieren sondern diejenigen, die in ihrem Wohnumfeld die mächtigen Anlagen tolerieren. Zur Sicherung dieser Strategie möchte die Gemeinde für geeignete Flä-

chen rasch Standortsicherungsverträge abschließen. Gespräche mit Eigentümern hätten bereits „ein Einvernehmen“ ergeben, noch fehlten aber notarielle Verträge, erklärt dazu Bürgermeister Kreitmair im Gespräch mit der SZ.

Dieses Konzept einer Bürger-Windkraft ist nach Ansicht der Gemeinderäte mit der geplanten Gemeinde übergreifenden Standortplanung nicht erreichbar. Denn Ziel dieses Vorhabens ist, den Bau von Windkraftanlagen zu steuern, gezielt geeignete Standorte nach einheitlichen Kriterien auszuweisen. Dabei sollen neben harten gesetzlichen Ausschlusskriterien auch abwägbar Argumente einbezogen werden. Windräder müssten demnach zum Beispiel mindestens 900 Meter von Siedlungsgebieten entfernt liegen. Diese „weichen“ Bewertungskriterien sind nicht unumstritten. So hat der Dachauer Stadtrat auf Initiative der Grünen im August entschieden, die 900-Meter-Grenze für Planungen im Stadtgebiet nicht anzuwenden.

Die Hebertshausener Gemeinderäte sehen die Vorgaben ebenfalls kritisch. Denn der geforderte Abstand zu Wohngebieten werde in Hebertshausen nirgendwo erreicht. „Demnach werden wir keine Windkraft haben“, sagte Gemeinderat Martin Gasteiger (FW). Auch die örtliche Bürgerbeteiligung gerate durch eine übergreifende Planung ins Abseits. „Wie werden sich unsere Bürger beteiligen können, wenn die Konzentrationsflächen nicht in Hebertshausen liegen, sondern in anderen Gemeinden?“, fragte Johannes Bösow (CSU). Auch SPD-Fraktionssprecherin Marianne Klaffik forderte ihre Kollegen auf, „bei unserer Beschlusslage zu bleiben“.

Eine Vertagung wurde verworfen, denn die Räte waren sich mit ihrem CSU-Kollegen Florian Zigl drum einig: „Wir werden unsere Planungshoheit nicht mit anderen Gemeinden teilen.“ Nach diesem Votum wird sich Hebertshausen nicht am gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligen. (Kommentar, Seite 3)

Wau, ein Schließfach

Reihenweise Fehlalarme am Hauptbahnhof, weil Sprengstoffhunde der Polizei auf falsche Substanzen anschlagen

München – Der Hund an sich hat ja zu meist nur eines im Kopf, beziehungsweise in der Nase: Egal, wo die Wurst deponiert ist, er erschnüffelt sie mit Sicherheit. Nun hat der Hund aber auch Artgenossen, die anderes im Sinn haben: die sechs Vierbeiner etwa, die zur Wiesnzeit am Hauptbahnhof ihren Dienst tun. Die geraten bei einem etwas spezielleren Geruch außer Rand und Band: bei einer chemischen Substanz, die unter anderem in Sprengstoffen enthalten ist. Diese Fähigkeit sorgt momentan fast täglich zur halbseitigen Sperrung des Hauptbahnhofes.

Zum Oktoberfest reisen Millionen Gäste an, und gerne gibt der Gast sein Gepäckstück zur Aufbewahrung in ein Schließfach am Hauptbahnhof. Dort hat die Bundespolizei die Sicherheitsmaßnahmen nach oben gefahren. Deshalb patrouillieren momentan 18 statt normalerweise 13 Hunde an den Bahnsteigen, darunter sechs Sprengstoffhunde. Nicht alle gleichzeitig. Aber alle gleichermaßen dienstbeflissen.

Die Hunde haben in ihrer Grundausbildung gelernt, bei bestimmten chemischen Substanzen Laut zu geben. Und nun stehen die Vierbeiner fast täglich

vor den Schließfächern am Hauptbahnhof und klaffen die Türen an. Sie wittern Substanzen, auf die sie trainiert sind. Nur: diese Substanzen sind nicht nur in Sprengstoff enthalten, sondern auch in vielen Dingen des Alltags. Die Folge sind viele falsche Alarme. Trotzdem: „Die Hunde machen alles richtig“, sagt Polizeisprecher Berti Habelt.

Beim ersten Kläffer läuft bei der Polizei ein bestimmter Einsatzplan ab: Zunächst wird die „Meldung“ des Hundes als „Fundsache“ behandelt. Am Eingang Arnulfstraße rattern die Rolltore nach unten, Absperrbänder werden ge-

spannt, die Fahrgäste müssen den Umweg über den Haupteingang machen, der Zugang zu den Schließfächern ist abgesperrt. Ein zweiter Suchhund schnüffelt und schlägt auch er an, werden Spezialkräfte der Polizei geordert. Die Entschärfer prüfen Schließfach und Gepäckstück, öffnen es – oder transportieren es ab, wenn es verdächtig erscheint. Sperre aufgehoben.

Welche Gegenstände es genau sind, auf die die Spürhunde anschlagen, will Habelt nicht sagen. „Sonst haben wir lauter Trittbrettfahrer, die das absichtlich machen.“ Susi Wimmer

Krippenhaus wird teurer

Stadt Dachau rechnet mit 300 000 Euro Mehrkosten

Dachau – Beim Kinderkrippenhaus in der Friedenstraße geht offenbar alles schief, was nur schiefgehen kann: Zu ihrem Entsetzen erfuhren die Stadträte am Dienstag im Bauausschuss, dass das Vorhaben um rund 300 000 Euro teurer als geplant werden soll. Erstmals wurde 2008 über das Verdrussbauwerk beraten, das im April nächsten Jahres fertig werden soll. Die ersten vom Bauamt präsentierten Pläne für einen Fertigbau wurden von den Stadträten zugunsten eines Massivbaus mit Beteiligung örtlicher Firmen verworfen. Als nächstes stellte sich heraus, dass der Verwaltung ein Schnitzer unterlaufen ist, da für das Vorhaben ein Bebauungsplan notwendig ist. Schließlich gab es auch noch Widerstand der Feuerwehr gegen den Standort, weil deren Ausfahrt unmittelbar an der Krippe vorbeiführt. Im Frühjahr 2011 war dann endlich Baubeginn.

Doch nun ist plötzlich auch von Mehrkosten in einer Gesamthöhe von rund 300 000 Euro für Haustechnik und Nebengebäude die Rede, die das Projekt auf 2,1 Millionen Euro verteuern. „Wer ist dafür verantwortlich?“, fragte SPD-Stadtrat Günter Heinritz. Maximilian Ernst vom Bauamt versuchte zu erklären, dass der mittlerweile dritte Fachplaner für Heizung, Lüftung, Sanitäranlagen festgestellt habe, dass nach der Energieeinsparverordnung eine künstliche Belüftung notwendig sei. Das führte zu Empörung im Ausschuss, hatte man doch eine künstliche Belüftung „explizit ausgeschlossen“, wie Gertrud Schmidt-Podolsky (CSU) betonte. (Seite 3) w.g.

Auto fängt während der Fahrt Feuer

Odelzhausen – Bei einem Autobrand in der Rudolf-Diesel-Straße ist am Montagmorgen Totalschaden von schätzungsweise 12 000 Euro entstanden. Die Fahrerin konnte sich rechtzeitig aus dem Fahrzeug befreien und blieb unverletzt. Die 38-jährige Taxifahrerin war um kurz nach acht im Gewerbegebiet unterwegs, als Rauch aus dem Motorraum aufstieg. Sie hielt sofort an, worauf auch schon Flammen aus dem Motorraum schlugen. Die verständigte Feuerwehr aus Odelzhausen konnte das Feuer zwar löschen, übrig blieb trotzdem nur ein Schrotthaufen. Als Ursache für den Brand wird ein technischer Defekt angenommen. SZ

Klinik will Billiglohn-Tochter gründen

München – Angesichts der desolaten Finanzsituation des städtischen Klinikums steht ein alter Sparvorschlag wieder zur Debatte: Die Gründung einer Servicegesellschaft mit niedrigeren Löhnen. Die Tochter wäre nicht an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gebunden, der beim Klinikum gilt, dadurch könnte jährlich mehr als eine Million Euro gespart werden. Betroffen wären mehrere hundert Mitarbeiter in Küche, Wäscherei und beim Putzdienst. Die rot-grüne Stadtspitze sowie der Aufsichtsrat des Klinikums sind sich über einen solchen Schritt jedoch nicht einig.

Der Stadtrat hatte eine Servicetochter Anfang 2008 nach langem Tauziehen eigentlich abgelehnt. Doch die neue Klinikchefin Elizabeth Harrison will nach SZ-Informationen das Projekt angesichts eines Defizits von bis zu 43 Millionen Euro in diesem Jahr so schnell wie möglich vorantreiben. Während der grüne Bürgermeister und Klinik-Aufsichtsratschef Hep Monatzeder mahnt, man komme nicht umhin, das Thema erneut zu diskutieren, bleibt OB Christian Ude skeptisch: „Eine Servicegesellschaft bringt wenig, zerschlägt aber viel politisches Porzellan.“ Eine Hintertür lässt er jedoch offen: „Ob die Tochter kommt, hängt von einer Einigung mit den Gewerkschaften ab.“ Verdi-Chef Heinrich Birner bestätigte, dass die Gewerkschaft in den nächsten Tagen mit der Klinikchefin über ihre Pläne reden wolle. „Danach werden wir uns positionieren.“ lod